



Erste Stadtkonferenz

Dokumentation der Veranstaltung
am 7. November 2014 im Neckar Forum

Etwa 180 Bürgerinnen und Bürger waren zur 1. Stadtkonferenz am 7. November 2014 im Neckar Forum erschienen. Im Mittelpunkt der Veranstaltung standen grundsätzliche Fragen der Stadtentwicklung: Welche Rolle übernimmt Esslingen als Mittelzentrum in der Region Stuttgart? Wie lässt sich bezahlbarer Wohnraum schaffen? Welche Bedeutung haben Grün- und Freiräume in Zeiten des Klimawandels? Wie wichtig sind die wirtschaftliche Entwicklung und das Arbeitsplatzangebot für das Mittelzentrum Esslingen? Was kann den Umweltverbund, also Bahn, Bus und Fahrrad, stärken? Wie finanziert sich die Stadt? Dies sind einige der Fragen, die mit Expertinnen und Experten aus Wissenschaft und Planungspraxis diskutiert wurden. Sie brachten ihre bundesweiten Erfahrungen und gute Beispiele aus anderen Städten mit.

1. Begrüßung und Einführung

In seiner Begrüßung ging Oberbürgermeister Dr. Jürgen Zieger auf den bisherigen Dialogprozess und den Neustart zu Beginn des Jahres ein: Er dankte den Mitgliedern des Runden Tisches für ihre Unterstützung in der ersten Phase, in der ein Verfahrenskonsens erzielt wurde. Gemeinsam wurden Ziele und Ausgestaltung des neuen Dialogs festgelegt und als „Mandat“ zusammengefasst. Das Mandat wurde vom Gemeinderat vor der Sommerpause 2014 einvernehmlich verabschiedet und stellt nun eine Art „Geschäftsordnung“ für das Beteiligungsverfahren dar. Im Bürgerdialog sollen die Grundsatzfragen der räumlichen Stadtentwicklung ergebnisoffen diskutiert werden. Verbindliche planerische Entscheidungen obliegen indes dem Gemeinderat.

Die erste Stadtkonferenz soll vor diesem Hintergrund Fachwissen und Erfahrungen externer Experten in die Diskussion einspeisen. Es wurden Experten eingeladen, die teilweise bereits in Esslingen aktiv waren und somit Kenntnisse über die Stadt und ihre Entwicklungsbedingungen besitzen. Wichtig sei aber auch, über den eigenen Tellerrand zu blicken; denn gleichzeitig können die Experten Vergleiche zu anderen Städten herstellen und Abhängigkeiten zwischen den Themenfeldern aufzeigen.

Veranstaltungsfotos: Das Foto, Esslingen



Inhalt

1. Begrüßung und Einführung
2. Zukunft von Stadt und Region
3. Podiumsdiskussion: Gemeinsame Perspektiven für Esslingen entwickeln
4. Infoinseln
5. Fazit und Ausblick

Die Präsentationen der Referenten und eine Zusammenstellung der an den Infoinseln gesammelten Fragen, Kommentare und Anregungen finden Sie auf www.stadtentwicklung.esslingen.de

Impressum

Auftraggeber

Stadt Esslingen am Neckar
Stadtplanungs- und Stadtmessungsamt
Kontakt:
daniel.fluhrer@esslingen.de
kristina.breuninger@esslingen.de

Auftragnehmer

agl | Hartz • Saad • Wendl, Saarbrücken
www.agl-online.de
Kontakt:
andrehartz@agl-online.de
saschasaad@agl-online.de
christineschaal@agl-online.de

15. Dezember 2014



Auch Verwaltung und Politik beschäftigen sich weiterhin mit den zentralen Fragen der Stadtentwicklung, u.a. im Rahmen der laufenden Lärmaktionsplanung oder dem KARS-Projekt zur Klimaanpassung in der Region Stuttgart, und speisen die Ergebnisse kontinuierlich in den Dialogprozess ein. Oberbürgermeister Dr. Zieger betonte, dass der Gemeinderat das Dialogverfahren unterstützt: Die Ergebnisse des Dialogprozesses sollen in die politische Entscheidungsfindung einfließen und vom Gemeinderat gewürdigt werden. Er lud alle Bürgerinnen und Bürger zur Teilnahme an den vier Stadtteilkonferenzen ein, die ab dem 19. November 2014 starten.

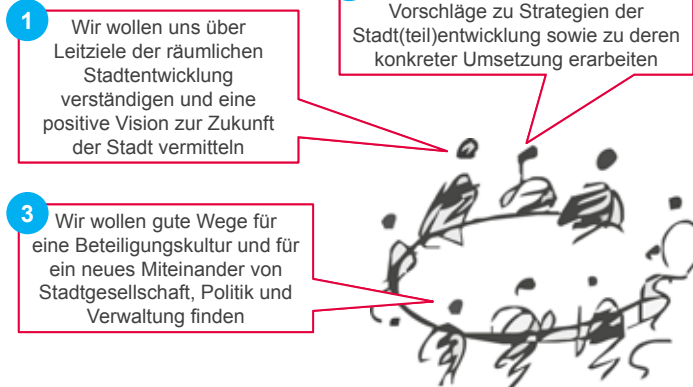
Andrea Hartz (Prozessteam, agl Saarbrücken) gab eine Einführung in den Dialogprozess. Nachdem in einer ersten Phase das Verfahren im Mittelpunkt der Diskussionen steht, startet mit der ersten Stadtkonferenz die inhaltliche Auseinandersetzung mit den zukünftigen Herausforderungen der Stadtentwicklung. Dabei müsse eine Balance zwischen der Diskussion grundsätzlicher Fragen und Lösungsansätze sowie der Diskussion konkreter Belange der Bürgerinnen und Bürger, die als Einwände und Anregungen aus den vorherigen Prozessen bereits auf dem Tisch liegen, gefunden werden.

Im Dialogprozess gehe es darum, Vertrauen aufzubauen, Lernprozesse auf allen Seiten zu ermöglichen, gemeinsam Schritt für Schritt weiterzukommen. Frau Hartz betonte, dass in diesem Jahr bereits viel erreicht wurde, nicht zuletzt aufgrund des Engagements der Mitglieder des Runden Tischen und der Bürgerausschüsse. Sie rief alle Beteiligten auf, mit den bisherigen guten Ergebnissen sorgsam umzugehen. In diesem Zusammenhang ging sie auf die Regeln des Bürgerdialogs ein, die als Teil des „Mandats“ zum Bürgerdialog gemeinsam mit den Vertreterinnen und Vertretern des Runden Tisches erarbeitet und im Mai 2014 öffentlich vorgestellt wurden. Sie sollen alle Beteiligten daran erinnern, einen fairen Umgang miteinander zu suchen.

Frau Hartz präsentierte den Fahrplan für den Bürgerdialog bis zur Sommerpause 2015. Mit unterschiedlichen Veranstaltungsformaten soll ein vielfältiges Angebot für unterschiedliche Bedarfe und Zielgruppen geschaffen werden. Die Stadtkonfe-

Ziele und Regeln des Bürgerdialogs

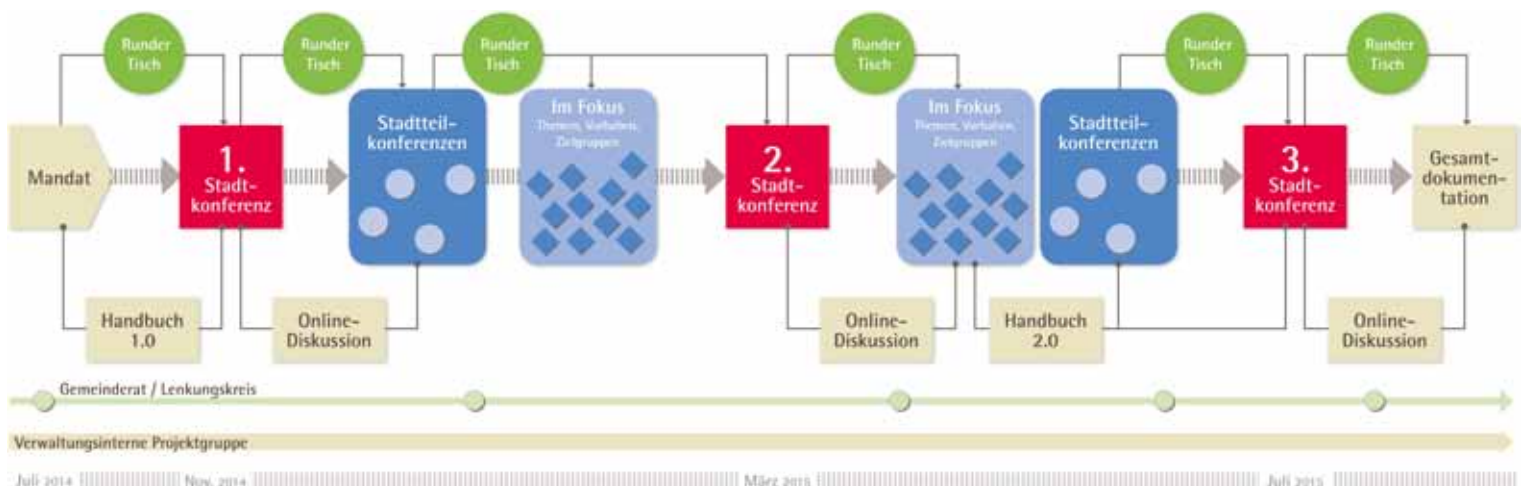
Ziele



Regeln



Der „Fahrplan“ für den Bürgerdialog





renzen ermöglichen, alle Aspekte in eine gesamtstädtische Perspektive einzubetten. In den Stadtteilkonferenzen wird der Blick auf die Belange der einzelnen Stadtteile gerichtet. Fokusveranstaltungen dienen dabei einer inhaltlichen Vertiefung, beispielsweise zu den „großen“ Themen Mobilität oder Wohnen. Fokusveranstaltungen können sich auch spezifischen Zielgruppen widmen: So hat sich das Jugendprojekt „Tante Gerda“ in den Dialogprozess eingeklinkt und beschäftigt sich mit dem Thema „Jugend und Stadtentwicklung“. Zur Vorbereitung dient das Handbuch 1.0 zum Bürgerdialog, das Daten und Fakten zur räumlichen Entwicklung der Stadt liefert. Alle Unterlagen sind auf der neuen Website zum Bürgerdialog verfügbar.

Mit der ersten Stadtkonferenz startete das Online-Forum zum Bürgerdialog. Bis zum 27. November 2014 haben alle Interessierten die Möglichkeit, ihre Anregungen und Belange zur räumlichen Stadtentwicklung über das Internet einzubringen.

Was sind die Ziele der ersten Stadtkonferenz? Sie soll informieren und den Blick auf die Aspekte lenken, die „Stadt“ und Stadtgesellschaft zukünftig bewegen. Frau Hartz erläuterte, dass es im Rahmen der Stadtkonferenz auch darum gehen soll, die inhaltlichen Vorbereitungen für die Stadtteilkonferenzen zu ergänzen. Hierfür hatten Stadtverwaltung und Moderationsteam an Infoiseln eine Liste von Themenschwerpunkten je Stadtteil vorbereitet, die die Teilnehmenden ergänzen konnten.

Die Website zum Bürgerdialog:
www.stadtentwicklung.esslingen.de

Die Website zum Online-Forum:
www.dialog-stadtentwicklung.esslingen.de

Das Handbuch zum Bürgerdialog



Das Online-Forum zum Bürgerdialog

STADT ESSLINGEN AM NECKAR

Bürgerdialog Stadtentwicklung
 Perspektiven für Esslingen am Neckar

Forum Karte Themen Stadt(teile)

Startseite > Forum

Forum

Beiträge filtern

Suche:

Thema:

Stadtteil:

Sortieren nach:

Vielen Dank!

Moderation
 27/11/2014 - 23:55

Thema: **Dialogprozess**
 Stadtteil: Gesamtstadt

Liebe Teilnehmenden und Teilnehmer,

[mehr](#)

Beiträge mit Verortung

Auf der Karte sehen sie alle Forumsbeiträge, die genau lokalisiert wurden. Die Zahlen geben an, wieviel Beiträge an diesem Ort verortet wurden.

Anzahl der Beiträge nach Themen

- Wohnen, Daseinsvorsorge, Infrastruktur: 53
- Städtische Mobilität und Verkehr: 31
- Nutzung und Schutz von Landschaft: 6
- Erholung, Sport und Gesundheit: 19
- Umwelt: Klima, Energie, Lärm und Luft: 10



2. Zukunft von Stadt und Region

...was sagen die Zukunftsforscher?

Dr. Maria Schnurr (Z_punkt GmbH The Foresight Company, Köln) stellte Erkenntnisse aus der Trendforschung vor, die Relevanz für die zukünftige Entwicklung der Städte besitzen. Dabei stützt sie sich nicht allein auf Prognosen, sondern versucht, thematisch und zeitlich weit vorzuschauen und „Megatrends“ zu identifizieren. Es geht um die treibenden Faktoren zukünftiger urbaner Entwicklung wie Demographie, Digitalisierung, Globalisierung oder Klimawandel, aber auch um konkrete urbane Trends. Darunter fallen grundlegende Entwicklungen, die in Städten als Reaktion auf die Umfeldfaktoren zu beobachten sind und Städte zukünftig massiv verändern können. Schlagworte sind hier die „nachhaltige Stadt“, die „inklusive Stadt“ (Universal Design), das „Placemaking“ (Aufenthaltsqualität), „integrierte“ oder „resiliente“ Infrastrukturen. In ihrem Vortrag vertiefte Frau Schnurr sieben ausgewählte Megatrends:

1. **Demographischer Wandel:** Die westliche Welt verzeichnet rückläufige Geburtenzahlen. Für Deutschland wird ein Bevölkerungsrückgang von derzeit 82 Mio. auf 75 Mio. im Jahr 2050 erwartet, wobei 2050 ein Drittel der Bevölkerung über 60 Jahre alt sein wird. Die Schrumpfungsprozesse zeigen sich dabei jedoch eher im ländlichen Raum und den östlichen Bundesländern.
2. **Soziale und kulturelle Disparitäten:** Es wird eine Zunahme der sozialen Ungleichgewichte erwartet, insbesondere eine Vermögenspolarisierung und Ausweitung der prekären Lebens- und Arbeitsverhältnisse auch auf die Mittelschicht, aber auch Kinder- und Altersarmut sowie Jugendarbeitslosigkeit. Schon heute zeigt sich eine Verdreifachung der Zeitarbeit, wobei nicht mehr nur Geringqualifizierte betroffen sind.
3. **Neue Mobilitätsmuster:** Das Verkehrsaufkommen wird weiter zunehmen, vor allem im Güterverkehr. Veränderungen im Mobilitätsverhalten und den Nut-

Megatrends – Die Treiber des Wandels (Dr. Maria Schnurr)

Society	Technology	Economy	Ecology	Politics
Demografischer Wandel	Digitale Kultur	Globalisierung 2.0	Umbrüche bei Energie und Ressourcen	Urbanisierung
Neue Stufe der Individualisierung	Lernen von der Natur	Wissensbasierte Ökonomie	Klimawandel und Umweltbelastung	Neue politische Weltordnung
Soziale und kulturelle Disparitäten	Ubiquitäre Intelligenz	Business Ökosysteme		Globale Risikogesellschaft
Umgestaltung der Gesundheitssysteme	Konvergenz von Technologien	Wandel der Arbeitswelt		
Wandel der Geschlechterrollen		Neue Konsummuster		
Neue Mobilitätsmuster				



zungsmustern werden erwartet. Die soziale Akzeptanz neuer Mobilitätsformen wie Car-Sharing steigt.

4. **Digitale Kultur:** Die Digitalisierung von Privatleben, Wirtschaft und Verwaltung ist einer der tiefgreifendsten Trends, der derzeit meist noch unterschätzt wird. Für Jüngere ist ein Leben ohne Handy oder Laptop kaum noch denkbar. Die Nutzung digitaler Medien wird langfristig auch die Städte verändern.
5. **Business Ökosysteme:** Neue Technologien lösen Sektorgrenzen auf und geben Raum für neue Entwicklungen; dies wird sich auch im von der Automobilbranche und dem Maschinenbau geprägten Esslinger Raum zeigen. Auch Themen wie Outsourcing oder geänderte Planungssicherheit verändern die Wirtschaftsstruktur von Städten.
6. **Klimawandel und Umweltbelastung:** Dem Klimawandel kann man mit Klimaschutz und mit Anpassung begegnen. In Deutschland zeigen sich deutliche regionale Unterschiede in Bezug auf die Auswirkungen des Klimawandels, wie die Zunahme von Extremwetterereignissen (Stürme, Starkniederschläge) oder die Zunahme der thermischen Belastung.
7. **Umbrüche bei Energie und Ressourcen:** Die Bundesregierung strebt bis 2050 an, den Strombedarf zu 80% aus regenerativen Energien zu decken. Damit verbindet sich auch die strategische Frage, wie die neuen Energieträger ausgebaut werden sollen. Standorte für neue Kraftwerke werden erforderlich, wovon ländliche Regionen wie Städte betroffen sein werden.

Frau Schnurr nannte fünf Erfolgsfaktoren für lebenswerte Städte:

1. **Nachhaltigkeit:** Reduktion des Ressourcenverbrauchs von Städten sowie Verminderung der Verschmutzung von und in Städten durch verschiedene Technologien und ganzheitliche Konzepte
2. **Neue Mobilität und intelligente Infrastrukturen:** Auf die tatsächlichen Bedürfnisse ausgerichtete Veränderungen in Verkehrsplanung und -technologie sowie im Mobilitätsverhalten
3. **Inklusion:** Bereitstellung von Infrastrukturen und Einrichtungen, die keine Bevölkerungsgruppe ausschließt. Dazu gehören Migranten, Familien, Kinder, Frauen, Senioren, sozial schwache Menschen, Behinderte...
4. **Sicherheit:** Gewährleistung persönlicher und öffentlicher Sicherheit im städtischen Raum
5. **Raumeffizienz und Aufenthaltsqualität:** Intelligente und kreative Raumnutzung, d.h. eine effiziente Nutzung urbanen Raums unter Beibehaltung bzw. Steigerung der Attraktivität

Abschließend präsentierte Frau Schnurr ausgewählte gute Beispiele aus anderen Städten, beispielsweise:

- **InnovationCity Bottrop:** Ziel ist ein klimagerechter Stadtbau bei gleichzeitiger Sicherung des Industriestandorts, u.a. geht es um eine 50%-ige Reduzierung der CO₂-Emissionen und eine Steigerung der Lebensqualität. Ein übergeordneter Masterplan bündelt die derzeit 125 Einzelprojekte
- **Västra Hamn/Malmö:** Im Hafengebiet von Malmö wurde dieses neue Stadtquartier nach ökologischen und ästhetischen Kriterien entwickelt, das einen organisch gewachsenen Altstadt-Charakter mit unterschiedlichen, individuellen Häusern aufweist.

Das Fazit von Frau Schnurr: Die erwarteten Megatrends stellen die Stadtentwicklung vor große Herausforderungen. Dabei sollte bürgerschaftliches Engagement genutzt und ein großer Wert auf die Ästhetik des öffentlichen Raums gelegt werden, um die Identität der Bevölkerung mit ihrer Stadt zu erhalten.

Beispiele aus Bottrop und Malmö
(von links; Dr. Maria Schnurr)





...wie sieht es die Planungspraxis?

Für Prof. Dr. Detlef Kurth (Hochschule für Technik Stuttgart, Fakultät Architektur und Gestaltung) sind Klimawandel und demographischer Wandel, aber auch Suburbanisierung und Strukturwandel zentrale Herausforderungen für eine nachhaltige Stadtentwicklung.

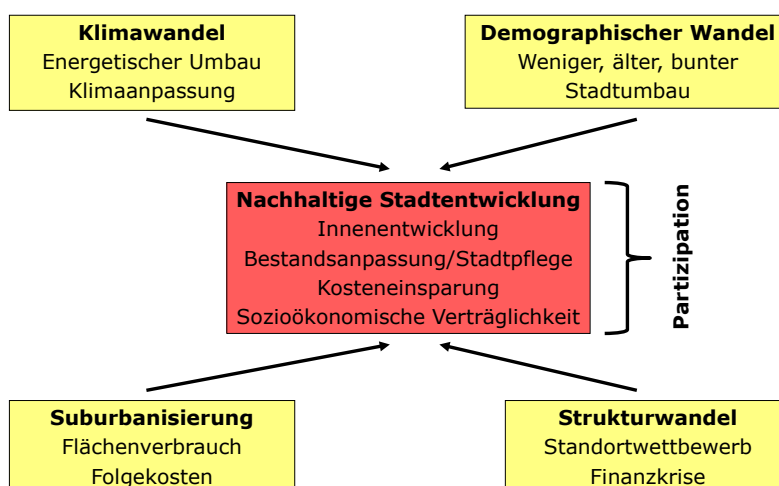
In Bezug auf den Klimawandel verwies Herr Kurth auf das Klimaschutz- und das Klimawandelanpassungskonzept sowie den Energieleitungsplan der Stadt Esslingen, die eine wichtige Grundlage für die räumliche Stadtentwicklung darstellen.

Durch den demographischen Wandel ergeben sich vielerorts strukturelle Veränderungen: So führen Einwohnerrückgänge und Verschiebungen in der Altersstruktur zu einer Unterauslastung von Infrastrukturen. Konsequenzen für die Stadtentwicklung liegen u.a. in Stadtumbau, Stadterneuerung und der Weiterentwicklung von Gebieten aus der Nachkriegszeit. Während sich in Städten Abwanderungsprozesse von Einwohnern, Gewerbe und Handel, sozialräumliche Polarisierung und partieller Wohnungsleerstand zeigen, steigen im Umland Zersiedlung und Landschaftsverbrauch, verbunden mit neuem Infrastrukturbedarf und einer Zunahme des Autoverkehrs. Es bedarf interkommunaler Kooperation und einer starken Regionalplanung, um diesen Suburbanisierungsprozessen zu begegnen.

Die Abhängigkeit von globalen Entwicklungen führt zu einem ökonomischen Standortwettbewerb, in dem sich Städte und Kommunen behaupten müssen. Auch wenn die Esslinger Kommunal Finanzen im Bundesvergleich gut aufgestellt seien, müssten die vorhandenen Ressourcen effizient eingesetzt werden.

Gerade in einer ehemals Freien Reichsstadt gelte es dabei, das historische Erbe zu pflegen und weiterzuentwickeln, da sich immer mehr Menschen mit ihrer „Stadtheimat“ identifizieren. Hier brauche es auch neue Formen der Partizipation. Mit Blick auf die Proteste in Istanbul und Kiew 2013 mahnte Herr Kurth, demokratische Werte wie einen freien Gemeinderat nicht als selbstverständlich zu erachten. Auch Denkmalschutz sei keine Selbstverständlichkeit, wie der radikale Umbau des Zentrums der ehemaligen japanischen Kaiserstadt Kyoto zeigt.

Herausforderungen für die nachhaltige Stadtentwicklung
(Prof. Dr. Detlef Kurth)



Klimawandel

Mitigation: Vermeidungsstrategien

- Reduzierung der CO₂-Emissionen
 - Reduzierung des Energieverbrauchs
 - Nutzung erneuerbarer Energien
 - Unabhängigkeit von Gaslieferungen
- Klimaschutzkonzept Esslingen

Adaptation: Klimaanpassung

- Anpassung an Extremwetter-Ereignisse
 - Verbesserung Mikroklima
 - Stadtumbau
- Klimaanpassungskonzept Esslingen

Demographischer Wandel

„Weniger – älter – bunter“

- Einwohnerrückgänge – Zeitfenster von begrenzten Zuwächsen
- Verschiebungen in der Altersstruktur
- Unterauslastung der Infrastruktur
- Mehr Zuwanderer, mehr Integrationsaufgaben

Konsequenzen für die Stadtentwicklung

- Von der Wachstumsplanung zum Bestands-Flächenmanagement
 - Stadtumbau-Konzepte
 - Innenentwicklung
 - Prioritätensetzungen, Synergien
- Wohnungsmarktstudien

Flächenverbrauch, Suburbanisierung

In den Städten

- Selektive Abwanderung von Einwohnern, Gewerbe, Handel
- Sozialräumliche Polarisierung
- Unterauslastung der Infrastruktur
- Partiieller Wohnungsleerstand
- Gegentrend Reurbanisierung

In der Peripherie/Zwischenstadt

- Zersiedlung, Landschaftsverbrauch
 - Zunahme des Autoverkehrs
 - Neuer Infrastrukturbedarf
 - Monofunktionale Strukturen
- Interkommunale Kooperation, starke Regionalplanung

Strukturwandel, Finanzkrise

- Abhängigkeit von globalen Entwicklungen, ökonomischer Standortwettbewerb
- Renaissance von Regionalisierung und lokalen Produkten
- Rückkehr staatlicher Regulierung
- Nachhaltigkeit im Finanzwesen
- Generationengerechtigkeit
- Flexibilisierung in der Infrastruktur
- Bedeutung von Bildungsinfrastruktur
- Erneuerbare Energieversorgung



Die nationale Stadtentwicklungspolitik orientiert sich am EU-Beschluss der Leipzig-Charta (2007), die die Idee der „Europäischen Stadt“ als Raum-, Sozial- und Wertemodell für alle Mitgliedstaaten definiert. Ziele der Stadtentwicklung sind vor diesem Hintergrund kompakte, dichte Baustrukturen, Nutzungsdurchmischung, stadtverträglicher Verkehr, zivilgesellschaftliche Strukturen und Energieeffizienz. In Deutschland werden häufig integrierte Stadtentwicklungskonzepte in Vorbereitung des Flächennutzungsplans erarbeitet. Diese dienen der Profilierung der Stadtidentität und einer ressortübergreifenden Planung. Bürgerinnen und Bürger können in diesem Rahmen an der Entwicklung ihrer Stadt mitwirken, wobei es top down-, bottom up- sowie wechselseitige Ansätze zu unterscheiden gilt. Herr Kurth betonte, dass sich gerade im wechselseitigen Prozess planerischer Ansatz und partizipativer Prozess ideal verbinden und gemeinsam konsensuale Lösungen finden lassen. Vor diesem Hintergrund müssen beide Perspektiven ineinandergreifen; die folgenden Beispiele zeigten dabei die Schwierigkeiten auf:

- **Stadtentwicklungskonzept Ludwigsburg 2006:** Unter Leitung der Stabsstelle beim Oberbürgermeister fanden Bürgerwerkstätten und Gemeinderatsklausuren statt. Ein partizipativ erarbeiteter Masterplan beinhaltet Konzepte und Strategien der Stadtentwicklung sowie Schlüsselprojekte. Mittlerweile gibt es das neue Referat „Nachhaltige Stadtentwicklung“ sowie verschiedene Stadtteilentwicklungskonzepte, die allerdings keine planungsrechtliche Grundlage schaffen. Der Flächennutzungsplan befindet sich immer noch in der Bearbeitung.
- **Stadtentwicklungsplan Waiblingen 2006:** Auf Grundlage von Bürgerwerkstätten und einer Bürgerumfrage wurden begleitende Planungsgutachten erstellt, die Leitbilder, Handlungsfelder und Schlüsselprojekte definieren. Insgesamt wurden drei unterschiedliche Szenarien beleuchtet, wobei die Entscheidung für Innenentwicklung gefallen ist. Der Flächennutzungsplan wurde bereits vor dem Stadtentwicklungsplan erstellt.
- **Stadtentwicklungskonzept Fellbach 2012:** Auch hier wurde der Flächennutzungsplan im Vorfeld erstellt, weswegen die diskutierten Leitbilder und Schlüsselprojekte keinen Eingang in das Planungsrecht gefunden haben. Dennoch wurde der mit einem Mobilitätskonzept gekoppelte Prozess in einer Bürgerumfrage sehr positiv bewertet.

Partizipation – Stadtheimat

- Herausbildung einer „Stadtheimat“
- Konsistenz von Stadtstrukturen
- Pflege und Weiterentwicklung des historischen Erbes
- Stärkere Zivilgesellschaft
- Neue Beteiligungsformen
- Kontinuierliche Akzeptanzfindung
- Maßstäblichkeit

In seinem Fazit verdeutlichte Herr Kurth das demographische Dilemma der süddeutschen Stadtentwicklung, die zwischen zwei Strategien wählen muss:

1. Wachstumsstrategie, verbunden mit einem Wettbewerb um Zuwanderer und den Ausbau von Infrastruktur, aber auch mit den Risiken von Konflikten mit den Nachbargemeinden, Folgekosten neuer Wohngebiete und dem Auslastungserfordernis neuer Infrastruktur.
2. Innenentwicklungs-Strategie mit einer Konzentration auf innere Potenziale und die Nutzung bestehender Infrastruktur, verbunden mit den Risiken von Verlusten an die Nachbargemeinden, einer schwierigen Baulandaktivierung sowie Infrastrukturproblemen.

Für Esslingen zog Herr Kurth Folgerungen für eine nachhaltige Stadtentwicklung:

- Nachhaltigkeit und Zukunftsgerechtigkeit als Leitmotiv etablieren,
- Langfristige Wirkungen des demographischen und klimatischen Wandels berücksichtigen,
- Bestandspflege, soziale Stadt, Infrastruktur, Innenentwicklung, Migration, regionale Kreisläufe als planerische Schwerpunkte,
- Integrierte und partizipative Stadtentwicklungskonzepte als Rahmensetzung,
- Wertschätzung von Stadtplanung und Fachgutachten als Zukunftsplanung,
- Abschließend abwägen, Prioritäten setzen, politische Entscheidung treffen,
- Rechtliche Absicherung im Flächennutzungsplan und folgenden Planungsinstrumenten.



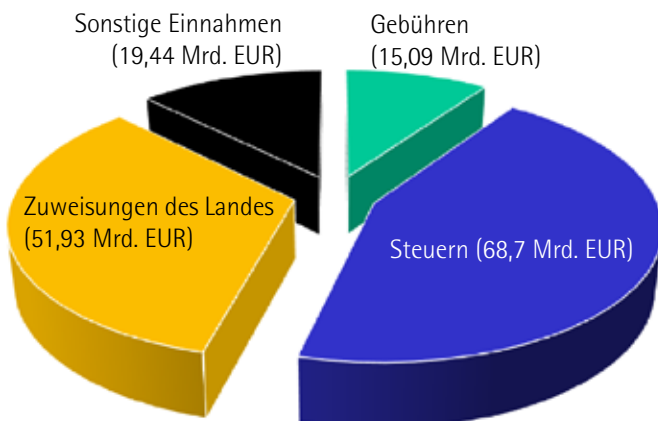
...was ist die Perspektive der öffentlichen Finanzen?

Prof. Dr. Gunnar Schwarting (Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer) gab einen Überblick über die Finanzierung der Städte und Gemeinden. Er erläuterte, dass Steuerschätzungen starken Schwankungen unterliegen und die Einnahmen der öffentlichen Hand daher nicht verlässlich vorzuberechnen sind.

Anhand einer Grafik zu den laufenden Einnahmen der Kommunen in Deutschland im Jahr 2013 (siehe Abbildung unten) zeigte Herr Schwarting, dass sich der Kernhaushalt einer Kommune insbesondere aus Steuern und Zuweisungen des Landes zusammensetzt. Hinzu kommen Gebühren und Beiträge wie z.B. Abwassergebühren sowie sonstige Einnahmen. Eine Kreditaufnahme ist zulässig, wenn es sich um Investitionen handelt und der Schuldendienst die Aufgabenerfüllung nicht beeinträchtigt. Probleme zeichnen sich allerdings dann ab, wenn Kredite für den laufenden Betrieb aufgewendet werden müssen, wie dies im Ruhrgebiet, im Saarland oder in der Pfalz häufiger der Fall sei.

Während Städte und Gemeinden für Grund-, Gewerbe- und kleinere Steuern wie die Hundesteuer eigene Steuersätze definieren können, unterliegen die Steueranteile an Einkommen- und Umsatz-/Mehrwertsteuer einem durch Bundesgesetz festgelegten Verteilungsschlüssel. Dabei sei die Zukunft der Grundsteuer fraglich: Es werde erwartet, dass die heutige Grundsteuer vom Verfassungsgericht als verfassungswidrig erklärt werde; eine neue Struktur und deren Auswirkungen auf den Kommunalhaushalt seien dabei noch nicht absehbar.

Struktur der laufenden Einnahmen 2013 in Deutschland (Prof. Dr. Gunnar Schwarting)



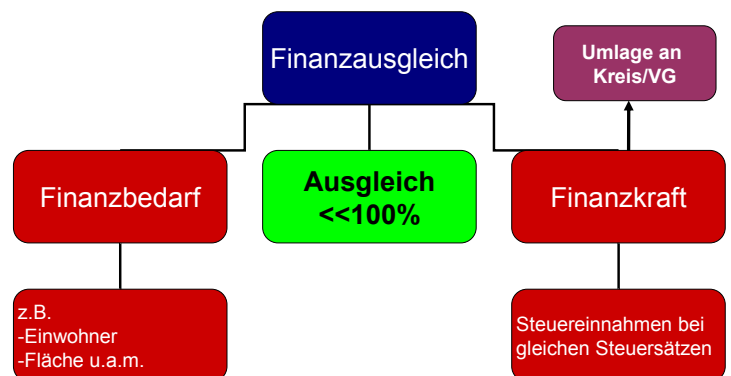
Für Esslingen zeigen die Steuereinnahmen 2013 hohe Anteile an Gewerbe- und Einkommensteuer (50,4 bzw. 47,3 Mio. EUR) sowie deutlich geringere Anteile an Grundsteuer (16,3 Mio. EUR) und Umsatzsteuer (6,2 Mio. EUR). Damit wird die Stadt Esslingen im Wesentlichen durch die Steuern ihrer Unternehmen und Einwohner finanziert.

Wie lässt sich das Steueraufkommen der Kommunen verändern?

- Ein Grundsteuermehraufkommen entsteht durch die Ausweisung neuer Grundstücke, eine Neubewertung nach Um- bzw. Neubau und eine Erhöhung des Hebesatzes von Bund und Ländern.
- Veränderungen in der Gewerbesteuer lassen sich auf die Gewinnentwicklung der Unternehmen, neue Unternehmen und auf den Hebesatz der Kommunen zurückführen. Diese können den Hebesatz erhöhen, laufen dann aber Gefahr, dass ansässige Unternehmen abwandern.
- Auf die Einkommensteuer wirken neue (steuerzahlende) Einwohner oder höhere Steuerzahlungen der Einwohner, wobei es bis zu 8 Jahre dauern kann, bis hier ein Effekt im Haushalt spürbar wird. Hinzu kommt ab einer bestimmten Einkommenshöhe die Kappungsgrenze.

Abschließend erläuterte Herr Schwarting die Grundzüge des kommunalen Finanzausgleichs: Ist die Finanzkraft einer Kommune kleiner als der Finanzbedarf, erhält sie Mittel aus dem Finanzausgleich. Ist die Finanzkraft höher, muss sie einen Finanzausgleich an andere Kommunen leisten. Im Falle einer kreisangehörigen Stadt wie Esslingen finanziert die Stadt auch den Landkreis. Grundlage für die Zahlungen an den Landkreis ist die Finanzkraft der Kommune.

Kommunale Selbstverwaltung in Deutschland (Prof. Dr. Gunnar Schwarting)





...wie sind Bürgerinnen und Bürger daran beteiligt?

Prof. Dr. Bettina Oppermann (Institut für Freiraumentwicklung, Fachgebiet Freiraumpolitik und Planungskommunikation, Universität Hannover) betonte eingangs die Bedeutung ergebnisoffener Diskussionen. Bürgerinnen und Bürgern sei es wichtig, zu Wort zu kommen, die eigenen Anliegen loszuwerden und zu sehen, dass die Beiträge tatsächlich Einfluss haben. Rahmenbedingungen sind ein angemessener Zeitaufwand und ein durchstrukturierter Zeitplan. Schließlich soll die Vielfalt an Perspektiven in der Stadtgesellschaft herausgearbeitet und für die formalen Planungsprozesse genutzt werden. Im Kern gehe es darum, Konflikte zu lösen, Engagement zu ermöglichen und die Vielfalt an Perspektiven einzusammeln. Dabei sollten Bürgerinnen und Bürger nicht als Hüter des Allgemeinwohls agieren, sondern ihre eigenen Interessen einbringen – die allerdings gut begründet sein müssen. Für Frau Oppermann ist das Ziel einer Bürgerbeteiligung, die Positionen in der Bürgerschaft herauszuarbeiten und dabei zu hinterfragen, welche (Einzel)Interessen dahinter stecken. Dabei müsse man lernen, konsistent zu argumentieren und mögliche Folgen zu berücksichtigen – schließlich impliziere jede Entscheidung vielfältige Vor- und Nachteile. Das letztendliche Aushandeln von Entscheidungen obliegt in jedem Fall den politischen Vertretern, denn diese legen die verbindlichen Planungen fest.

Wie genau funktionieren Beteiligungsprozesse und Einzelveranstaltungen, z.B. eine Stadtkonferenz? Im Vorfeld wird festgelegt, wer warum und zu welchem Thema eingeladen wird. Eingeladene möchten wissen, wie lang die Veranstaltungen dauern und was das Ergebnis sein soll. Letztendlich wünscht sich jeder Beteiligte Klarheit über die Ziele und den Grad der inhaltlichen Offenheit. Hierzu wurde für Esslingen das Mandat mit den „Prinzipien“ des Bürgerdialogs erarbeitet und vom Gemeinderat verabschiedet. Eine stadtweite Konferenz wie aktuell in Esslingen vereint klassische Elemente wie Vorträge von Experten mit interaktiven Elementen wie Infoiseln, an denen Bürgerinnen und Bürger individuelle Fragen stellen und ihre Anregungen und Belange einspeisen können. Dabei sind unterschiedliche Perspektiven und Meinungen ausdrücklich erwünscht, denn nur so können Gedanken reifen und letztendlich in Protokollen dokumentiert werden.

Was kann man bei einer Bürgerbeteiligung falsch machen? Frau Oppermann vertiefte hierzu folgende Punkte:

- *Unverbindlich einladen und nicht sagen, worum es geht.* Schließlich geht es darum, ein breites Spektrum an Stadtgesellschaft zur Teilnahme zu motivieren, weswegen auch unterschiedliche Dialog- und Veranstaltungsformate wichtig sind.
- *TV-Moderatoren einladen, die wissen, wie man Sympathien weckt.* Entscheidend sind vielmehr Moderatoren mit Fachkompetenz, die die Diskussion angemessen lenken können.
- *Permanent abstimmen lassen.* Denn dies bedeutet immer, dass sich eine Mehrheit gegenüber einer Minderheit durchsetzt, auch wenn das Abstimmungsergebnis nur knapp ist. Viel wichtiger ist das Konsensprinzip: Wo sind wir uns einig? Wo gibt es Dissens? Es dürfen durchaus unterschiedliche Meinungen nebeneinanderstehen, Minderheitsvoten sollten nicht frühzeitig abgeblockt werden.
- *Fotodokumentation der Ergebnisse ohne textliche Aufbereitung.* Wichtiger Baustein ist eine zusammenfassende Ergebnisaufbereitung in Text und ggf. Karten, um die Diskussion transparent und nachvollziehbar zu dokumentieren. Dies bedeutet einen hohen Arbeitsaufwand, ist jedoch entscheidende Grundlage, damit die Ergebnisse in die Entscheidungen des Gemeinderats einfließen können.

Das Fazit von Frau Oppermann: Ziel von Bürgerbeteiligung sollte sein, eine Stadt zu entwerfen, die Bürgernähe zulässt und diese als Stärke ansieht – in Bezug auf Engagement, aber auch in Bezug auf gebildete Bürger: Bürgerbeteiligung sei auch politische Bildung, die der Verwaltung, aber auch den Bürgerinnen und Bürgern zugutekommt.





3. Podiumsdiskussion: Gemeinsam Perspektiven für Esslingen entwickeln

In den anschließenden Podiumsrunden diskutierten:

- Thomas Kiwitt (Verband Region Stuttgart, Leitender Technischer Direktor)
- Prof. Dr. Detlef Kurth (Hochschule für Technik Stuttgart, Fakultät Architektur und Gestaltung)
- Prof. Dr. Bettina Oppermann (Institut für Freiraumentwicklung, Universität Hannover)
- Stefan Reiß-Schmidt (Leiter Stadtentwicklungsplanung München)
- Dr. Maria Schnurr (Z_punkt GmbH The Foresight Company, Köln)
- Prof. Dr. Gunnar Schwarting (Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer)
- Prof. Dr. Hartmut Topp (Institut für Mobilität & Verkehr – imove, Technische Universität Kaiserslautern)

In einer ersten Diskussionsrunde ging es um Kernthemen für die räumliche Stadtentwicklung in Esslingen. Frau Hartz griff zentrale Fragestellungen aus den Arbeiten zum Handbuch 1.0 und der Auswertung der Anregungen zum Vorentwurf des Flächennutzungsplans auf und formulierte Fragen an die Podiumsgäste. In einer zweiten Runde wurde die Diskussion für Kommentare und Fragen der Bürgerinnen und Bürger geöffnet.

Die Rolle Esslingens in der Region

Was sind die Aufgaben eines Mittelzentrums? Welche Rolle spielt Esslingen als Mittelzentrum in der Region Stuttgart? Welche Bedeutung hat die Entwicklung der Einwohnerzahlen für die Rolle Esslingens als Mittelzentrum?

Herr Kiwitt erläuterte, dass Esslingen eines von 15 Mittelzentren in der Region Stuttgart darstellt: Die Mittelzentren sind für alles verantwortlich, was eine Stadt ausmacht, haben aber in der Region Stuttgart aufgrund ihrer unmittelbaren Nähe zueinander jeweils nur sehr kleine

Einzugsbereiche. Sich in dieser Konkurrenzsituation zu behaupten sei sehr schwer – zumal Einwohner sehr mobil sind und innerhalb kürzester auch ein anderes Mittelzentrum erreichen können. Hier müsse Esslingen mit seinen eigenen Vorteilen punkten. Die Einwohnerzahl spiele insofern eine Rolle, als die vorgehaltene Ausstattung und Angebote bei höherer Einwohnerzahl stärker nachgefragt und somit wirtschaftlicher betrieben werden könnten. Nichtsdestotrotz gebe es in der Region Stuttgart auch mehrere kleinere Mittelzentren, die sich wie Böblingen-Sindelfingen auch in Partnerstrukturen organisieren.

In der geöffneten Podiumsrunde ging es auch um Esslingen als Gewerbestandort in der Region. Herr Schwarting erläuterte, dass Gewerbebetriebe heute mit eingeschossigen Gebäuden sehr stark in die Fläche expandieren, während früher mehrgeschossige Bauweisen auf engerem Raum üblich waren. Wolle eine Stadt attraktiv für Unternehmen bleiben, müsse sie entsprechende Flächenangebote vorhalten. Gleichzeitig drängen auch Discounter und Shoppingcenter auf Freiflächen. Hier gebe es zwei Betrachtungsebenen, erläuterte Herr Kiwitt: Einerseits gelte es, die Nahversorgung in den Stadtteilen zu stärken. Hierfür hätten viele Städte bereits überzeugende Nahversorgungskonzepte erstellt. Darüber hinaus müsse die Landeshauptstadt Stuttgart allerdings eine andere Nachfrage bedienen. Hier sei die Regionalplanung gefragt, ein Angebot zu ermöglichen, das zur Größe der Stadt passt und die Nachbarkommunen nicht beeinträchtigt. Hierbei stoße Regionalplanung oft an ihre Grenzen, zumal die Menschen immer mobiler werden und metropolitane Angebote nutzen, beispielsweise zum Shoppen auch von Stuttgart nach Karlsruhe fahren.

Verkehrsentwicklung und neue Mobilitätskonzepte

Warum nehmen die Verkehrsströme ständig zu, selbst wenn die Einwohnerzahlen sinken? Wie wird sich das Mobilitätsverhalten der Menschen in Zukunft verändern, v.a. mit Blick auf den demographischen Wandel, die älter werdende Bevölkerung? Was sollte ein intelligentes, gesamtstädtisches Verkehrskonzept leisten? Wie können die Verkehrsarten des Umweltverbundes (Bus, Bahn, Fahrrad, zu Fuß) weiter gestärkt werden? Wie kann eine intelligente Verknüpfung unterschiedlicher Verkehrssysteme in Esslingen gelingen?

Herr Topp erläuterte die verschiedenen Aspekte von Mobilität: Es gehe bei „Mobilität“ nicht um die zurückgelegten Kilometer, sondern um die Chance, am gesellschaftlichen





Leben teilzuhaben. Man müsse zwischen den Begriffen Mobilität und Verkehr unterscheiden – gerade in Gründerzeitvierteln mit Mischnutzung zeige sich eine hohe Mobilität der Bewohner, wobei ein Großteil der Verkehre zu Fuß oder mit dem Rad abgewickelt werde. Ziel sei, den Pkw-Anteil an der städtischen Mobilität zu reduzieren, um Beeinträchtigungen wie Lärm und Trennwirkung zu reduzieren. Mit Blick auf die im Handbuch 1.0 zum Bürgerdialog vorgestellte Haushaltsbefragung (Seiten 62ff) betonte Herr Topp, dass der Pkw-Verkehr in Esslingen einen überdurchschnittlich großen Stellenwert einnehme. Demgegenüber habe das Fahrrad wegen der bewegten Topographie Esslingens bislang eine eher geringe Rolle gespielt; die Technologiefortschritte im Bereich der Pedelecs machten Radfahren jedoch zunehmend auch für Esslingen interessant. Um diese Entwicklung zu fördern, sei es wichtig, die entsprechende Infrastruktur vorzuhalten: sichere Abstellplätze, aufgrund der Geschwindigkeit von Pedelecs aber auch eigene Schutzstreifen und Radfahrstreifen im Straßenraum. Um den Nahverkehr zu stärken, sollten S-Bahn-Stationen als „Mobilmunkte in der Stadt“ begriffen werden und über Zubringer gut und schnell erreichbar sein. Auch eine Verdichtung des Taktangebots oder eine Erweiterung des Streckennetzes wäre zu überlegen. Bei innerstädtischen Verkehrsstraßen könnte die Ausweisung von Tempo 30-Zonen durchaus eine Lärmreduktion und eine höhere Sicherheit für alle Verkehrsteilnehmer bewirken.

Herr Kiwitt ergänzte, dass sich die Durchgangsverkehre auf der B 10 nur durch einen Ausbau der A8 reduzieren ließen, denn viele Verkehrsteilnehmer weichen bei Störungen auf der Autobahn auf die Bundesstraße aus. In der Region Stuttgart gebe es keine funktionale Verkehrsleitzentrale, was jedoch für eine übergreifende Betrachtung und Steuerung des hohen Verkehrsaufkommens sinnvoll wäre. Während der Nahverkehr entlang der Neckarachse hervorragend sei, sieht Herr Kiwitt bei den Querverbindungen auf die Fildern oder in den Schurwald Nachholbedarf, ggf. auch durch den Einsatz regionaler Expressbuslinien. „Für eine Mobilitätswende braucht es Alternativen“, resümierte Herr Topp.

Nachhaltige Mobilität und insbesondere die Belange von Radfahrern wurden auch in der zweiten Podiumsrunde diskutiert. So gab es verschiedene Hinweise aus

dem Plenum, dass die Hauptverkehrsstraßen in Esslingen, insbesondere bei starken Steigungen, sehr gefährlich für Radfahrer seien. Vor diesem Hintergrund sei es wünschenswert, die Fahrradmitnahme in Bussen auch tagsüber zu gestatten und nicht wie derzeit ausschließlich in den Abendstunden. So könnten mehr Einwohner zum Radfahren motiviert werden. Um den Radverkehr zu stärken, müsse man nicht unbedingt in den Bau neuer Radwege investieren, bestätigte Herr Topp. Vielmehr gehe es auch darum, Verkehrsflächen wo möglich umzuverteilen – weniger Raum für Pkw, mehr Raum für markierte Schutz- oder Radfahrstreifen. Mit Blick auf die Beispiele von Karlsruhe und Münster sei es zudem wichtig, das Image der Stadt als „Radfahrerstadt“ zu profilieren. So könnte z.B. die Stadtverwaltung mit gutem Beispiel vorgehen und den Mitarbeitern Pedelec-Diensträder zur Verfügung stellen. Nicht zuletzt seien ein wachsendes Gesundheitsbewusstsein und der individuelle Fitnessaspekt starke Motivatoren für die Fahrradnutzung. Warum nicht im Freien Radfahren, anstelle vor einer Video-Leinwand im Fitness-Studio?

Zu einem nachhaltigen Mobilitätskonzept gehöre es aber auch, eine hohe Bevölkerungsdichte im Umfeld teurer Verkehrsinfrastruktur wie S-Bahn-Haltestellen zu ermöglichen. Zwingt man die Menschen in die Peripherie, müsse man das erhöhte Verkehrsaufkommen akzeptieren. In einem stark verdichteten Raum wie der Region Stuttgart, in der alle verkehrsrelevanten Straßen zu 85% ausgelastet sind, führe jede kleine Störung zum Kollaps, betonte Herr Kiwitt. Allein schon deswegen müsse man Siedlungsentwicklung auch in Abhängigkeit vom ÖPNV-Angebot betrachten.

Auch das Thema Lärm wurde diskutiert. Frau Oppermann erläuterte, dass Kommunen gemäß EU-Richtlinie Lärmaktionspläne aufstellen müssen, die eine konkrete Maßnahmenplanung enthalten. In manchen Städten konnten sich Bürgerinnen und Bürger aktiv in die Planungen einbringen, beispielsweise über internetgestützte Kartierungen oder Vorschläge. Allerdings, so Herr Schwarting, wurden damit auch Erwartungen geweckt, die eine Stadt nicht erfüllen kann. So könnten Lärmbelastungen durch Schienenverkehr oder Autobahnen nicht von Kommunen beeinflusst werden. Oft hapere es an der Umsetzung der Maßnahmenvorschläge.





Wohnen

Wie lässt sich bezahlbarer Wohnungsbau in prosperierenden Städten realisieren? Welche Wohnangebote für welche Zielgruppen sollen prioritär entwickelt werden? Wie verändert sich das Wohnen in den Städten? Wie kann man Zielkonflikte zwischen dem sinnvollen Gebot der Innenentwicklung und klimawandelangepassten, lebenswerten (grünen) Innenstädten und Quartieren lösen?

12

In den vorangegangenen Dialogprozessen in Esslingen hat das Thema Wohnen einen hohen Stellenwert eingenommen, betonte Frau Hartz. Herr Reiß-Schmidt berichtete von der Stadt München, die, verglichen mit Esslingen, eine doppelt so hohe Siedlungsdichte aufweist. Die Stadt begegnet der enormen Zuwanderungs- und Wohnbedarfsentwicklung unter ihrem Motto „kompakt, urban, grün“ mit verschiedenen Strategien:

- Nachverdichtung in bereits bebauten Gebieten. Dies ist nicht nur in Baulücken möglich; z.B. lassen sich bei Zeilenbausiedlungen wie entlang des Mittleren Rings Zeilenköpfe schließen. Dies habe auch einen weiteren Effekt: der Verkehrslärm des Mittleren Rings lasse sich so aus den Innenbereichen heraushalten. Aufstockungen sind ebenfalls denkbar, wobei immer der Dialog mit den Anwohnern gesucht werden soll. Dabei ist mit den Lückenschlüssen die Einrichtung von Nahversorgungs- oder flexiblen, barrierefreien Betreuungsangeboten denkbar.
- Umnutzung ehemaliger Kasernen, Bahnflächen, Flughäfen usw. Konversionsflächen bieten sich an, um ein gemischtes Angebot an Wohnen und Arbeiten zu ermöglichen.
- Außenentwicklung am Stadtrand. Im Westen Münchens wird derzeit ein Quartier für 20.000 Einwohner realisiert, das auf ein Stadtentwicklungskonzept von 1963 zurückgeht.
- Kooperation mit der Region und den Landkreisen, um die Chancen und Lasten der Entwicklung aufzuteilen.

Herr Reiß-Schmidt erläuterte, dass die Stadt München bereits seit 25 Jahren wohnungspolitische Handlungsprogramme aufstellt, wobei für die laufende Fünfjahresperiode 800 Mio. Euro aus kommunalen Haushaltsmitteln zur Verfügung stehen. Mit diesen Mitteln werden Konversionsflächen zu 50% verbilligt für sozialen Wohnungsbau abgegeben, um Wohnraum für Familien mit Kindern anbieten zu können. Bei städtischen Flächen wird nicht nur 50% bezuschusster Wohnungsbau, sondern die Weitergabe von 20-40% des Angebots an Genossenschaften gewährleistet, von denen es in München zahlreiche gibt, darunter beispielsweise autofreie Wohn-genossenschaften. Private Investoren sind dazu verpflichtet, 30% der Geschossflächen für geförderten Wohnungsbau verbilligt abzugeben. Die damit verbundene Mischung verschiedener Einkommens-, Alters- und Lebensstilgruppen trage auch zu sozialem Frieden und Inklusion bei. Insgesamt versuche die Stadt, möglichst viele Bestandsbauten durch Erhaltungssatzungen zu schützen und eine Umwandlung in Eigentumswohnungen rechtlich zu verhindern. Eine Maklertätigkeit der Stadt, um Menschen aus ihren zu groß gewordenen Wohnungen in kleinere zu vermitteln, sieht Herr Reiß-Schmidt hingegen kritisch – hier müsse sehr viel Aufwand betrieben werden, große Mengeneffekte ließen sich indes kaum erreichen.

Der kommunale Wohnungsbau könne allerdings nur Einfluss auf den Wohnungsmarkt nehmen, wenn er über einen entsprechend großen Wohnungsbestand verfügt, betonte Herr Schwarting. Die Motivation von Bauträgern und privaten Eigentümern sei hingegen ein schwieriger und langfristiger Prozess.

Doch wie verändern sich die Anforderungen an Wohnen? In der zweiten Podiumsrunde konstatierte Frau Schnurr einen stabilen, globalen Trend zu größeren





Wohnraumansprüchen. Dies hänge u.a. mit dem steigenden Wohlstand zusammen, führe allerdings dazu, dass die Wohnungen im Alter zu groß würden. Nach Auffassung von Herrn Kurth ist der größere Wohnraumbedarf auch auf die veränderten Haushaltsstrukturen, vor allem auf die Zunahme der Single-Haushalte, zurückzuführen. Demgegenüber seien in München die hohen Mieten für rückläufige Quadratmeterzahlen pro Person verantwortlich, berichtete Herr Reiß-Schmidt. So bilden Studierende und junge Erwerbstätige oft Wohngemeinschaften. Junge Familien wandern in die Peripherie ab, um ihren Wohnraumbedarf zu decken.

Viele Wohnungen stünden leer, mahnte ein Teilnehmer. Herr Reiß-Schmidt bestätigte, dass dies auch in München ein Problem sei. Ein viel größeres sei jedoch, dass Wohnraum für kurzfristige Vermietungen an Touristen zweckentfremdet werde. Beidem ließe sich mit einer Zweckentfremdungsverbotsverordnung begegnen, die eine Erhebung von Bußgeldern möglich mache. Allerdings liege die größte Herausforderung darin, Zweckentfremdungen oder Leerstand zu identifizieren. Hier seien die Städte nicht zuletzt auf die Hilfe der Bevölkerung angewiesen.

Wachsen – Halten – Schrumpfen? Herr Kiwitt betonte, dass eine Stadtentwicklungsstrategie auch von langfristigen Entwicklungen abhängen, die kaum vorhersehbar sind. So wurde für die Region Stuttgart ein stetiger Bevölkerungsrückgang prognostiziert, jedoch sei das Gegenteil eingetreten. Die Kommunen in der Region könnten selbst entscheiden, ob sie ihre Wachstumsmöglichkeiten durch Migrationsgewinne nutzen oder die Schrumpfung einläuten. Hat Esslingen die Grenzen des Wachstums erreicht? Wer kann diese Grenzen definieren? Diese Entscheidung sollte nach Herrn Kiwitt nicht durch Einzelne getroffen werden, sondern auf Basis einer demokratisch legitimierten Entscheidung beruhen.

Es wurde hinterfragt, ob die im Entwurf des Flächennutzungsplans dargestellten kleinen Baugebiete mit wenig Wohneinheiten überhaupt wirtschaftlich seien. Herr Reiß-Schmidt erläuterte, dass die Erschließung kleiner Quartiere vom Einzelfall und den jeweiligen Randbedingungen abhängen. Diese seien beispielsweise im Umfeld von S-Bahn-Stationen oder zur Sicherung vorhandener Infrastruktur sicherlich sinnvoll. Zudem ließen sich viele Kosten sparen, wenn man wie beim Vauban-Quartier in Freiburg auf den privaten Pkw und in Konsequenz auf teure Tiefgaragen verzichten kann. Herr Kurth ergänzte, dass der Folgekostenrechner des Umweltministeriums hierzu Ansatzpunkte liefern kann. In der Regel sei die Wirtschaftlichkeit bei kleinen Quartieren und der Schließung von Baulücken gegeben, weil der Erschließungsaufwand gering sei.

Finanzierung der Stadt

Finanzen sind kein Selbstzweck der Stadt, es geht um die Finanzierung des Gemeinwesens, der notwendigen Infrastrukturen, nicht zuletzt des Lebensstandards in der Stadt? Welche Rolle spielen die Funktionen Wohnen, Gewerbe oder Hochschulstandort jeweils für die Finanzen der Stadt? Welche Bedeutung haben sie für die Wertschöpfung?

Frau Hartz berichtete, dass die Gewährleistung der Nahversorgung in den Stadtteilen in Esslingen ein wichtiges Thema sei. Herr Schwarting erläuterte, dass die Stadt lediglich auf die öffentliche Infrastruktur einwirken könne, allenfalls begrenzt auf Dienstleister wie z.B. Ärzte. Angesichts sich verändernder Altersstrukturen könnten jedoch nicht alle Infrastrukturen erhalten werden, die Bedarfe verschöben sich zudem räumlich: Wenn ein Gebiet gemeinschaftlich altert, werden Kindertagesstätten und Grundschulen dort nicht mehr ausgelastet und kosten die Gemeinschaft auch Geld. Gleichzeitig entscheide die Finanzkraft einer Stadt über ihre Handlungsfähigkeit. Frau Oppermann verwies in diesem Kontext auf die zahlreichen in den 1950er und 1960er Jahren gebauten Sportinfrastrukturen, die in Art und Umfang den heutigen Bedarfen nicht mehr gerecht werden. Herr Schwarting bekräftigte, dass eine große Herausforderung in der Anpassung der Infrastrukturen liege. Allerdings scheitere eine Reduktion des Angebots wie auch bei Grundschulen oft an lokalen Befindlichkeiten.

Mit Blick auf die große Bedeutung der Gewerbesteuer für den kommunalen Haushalt betonte Herr Schwarting, dass eine Stadt ihre Unternehmen auch unterstützen müsse, schließlich könne man sich Gewerbe nicht „backen“. Dazu gehöre, Flächenpotenziale für eine gewerbliche Entwicklung zu schaffen. Zudem komme der Wirtschaftsförderung eine besondere Bedeutung zu, auch wenn dies eine aufwändige Tätigkeit sei.

Freiräume, Natur und Landschaft

Wo liegen die Grenzen der Nachverdichtung? Welche Rolle spielen Grün und Landschaft in der Stadt und im Leben der Menschen? Wie sieht ein zeitgemäßer Schutz von Natur und Landschaft heute aus? Welche Bedeutung hat der Landschaftsraum, v.a. das Neckartal, im regionalen Kontext?

Frau Oppermann betonte, dass Grünflächen nicht nur außerorts, sondern auch in der städtischen Landschaft von großer Bedeutung sind. Innerstädtische Freiräume, auch Plätze und Straßen, seien für das Wohlbefinden der Menschen wichtig. Der Grad der Nachverdichtung müs-



se dabei im Zusammenhang mit der Ausgestaltung der Freiflächen und der Siedlungsdichte gesehen werden. Gleichzeitig sollten schützenswerte Elemente nicht ohne Not preisgegeben werden. Der Erhalt von Streuobstwiesen sei grundsätzlich wichtig, müsse aber z.B. im Umfeld von S-Bahn-Stationen und bei Bedarf, ÖPNV-basierten Wohnraum zu schaffen, gut überlegt sein.

Die Region Esslingen gehöre zu den am dichtesten besiedelten Räumen in Baden-Württemberg, bestätigte Herr Kiwitt. Vor diesem Hintergrund genieße der Freiraumschutz eine hohe Bedeutung. Eine Stadt wolle attraktiv für Bewohner und Besucher sein – dazu gehörten auch eine intakte Landschaft und Möglichkeiten der Naherholung. Der Regionalplan weist regionale Grünzüge aus, um ein Zusammenwachsen der Städte zu verhindern. Allerdings seien hier unter Auflagen auch Kompromisse denkbar, beispielsweise wenn ein prosperierendes Unternehmen wie Festo am Standort gehalten werden soll. Zumal fast die Hälfte der Flächen in der Region Stuttgart als Landschaftsschutzgebiete ausgewiesen sind und es immer schwerer wird, alle Flächenansprüche unter einen Hut zu bekommen. Dasselbe gelte auch für Windkraftanlagen, von denen viele nicht ohne Grund in Landschaftsschutzgebieten lägen.

Die Bedeutung des Freiraums und der Landwirtschaftsflächen nahm auch in der zweiten Podiumsrunde eine wichtige Rolle ein. So wurde hinterfragt, ob weitere Flächenerschließungen in Berkheim aufgrund der hochwertigen Ackerflächen tatsächlich sinnvoll seien. Wäre es nicht denkbar, die B 10 zu überdecken und so Flächenpotenziale zu schaffen? Frau Oppermann bekräftigte das hohe Gut wertvoller Ackerböden und deren Schutzbedürftigkeit, da sich Böden nicht regenerieren können. Sie räumte aber auch ein, dass sich in den 1970er und 1980er Jahren durchaus Umweltprobleme in der Landwirtschaft zeigten, insbesondere aufgrund intensiver Landnutzung und Ausräumung der Landschaft. Herr Kiwitt ergänzte, dass die gute Bodenqualität in der Region hervorragende landwirtschaftliche Produktionsbedingungen schaffe. Natürlich müsse man mit den Böden sorgfältig umgehen, allerdings erstreckten sich die guten Böden über rund die Hälfte der Regionsfläche. Hier müsse nach intelligenten Lösungen gesucht werden, um alle Flächenbedarfe angemessen berücksichtigen zu können.

Herr Kurth ergänzte, dass es kaum möglich sei, allgemeingültige Obergrenzen einer Innenentwicklung zu definieren – hängen sie doch stark von lokalen Gegebenheiten ab. So sei es für Esslingen aufgrund seiner Topographie wichtig, Frischluftschneisen freizuhalten und an für den Luftaustausch relevanten Orten nicht zu stark nachzuverdichten. Insgesamt sollten sich Städte „resilient“ und robust aufstellen, um den Herausforderungen des Klima-

wandels zu begegnen. Auch Frau Oppermann betonte, dass der Innenentwicklung und Nachverdichtung auch Grenzen gesetzt seien. Es bedürfte einer starken Stadtgesellschaft, um innerstädtische Freiräume zu sichern – gerade auch im Zeichen des Klimawandels. Schattenflächen, begrünte Straßen und Dachbegrünungen tragen zur Attraktivität einer Stadt, aber auch ganz konkret zur Kühlung von Innenstädten bei, müssten allerdings auch gepflegt werden. Dies sei in Zeiten knapper kommunaler Haushalte gar nicht so einfach, Städte müssten kreativ werden. Herr Schwarting nannte hierzu das Beispiel einer Stadt, die ihre pflegeintensivsten Flächen zur „essbaren Stadt“ umfunktioniert hatte. Herr Reiß-Schmidt ergänzte, dass Nachverdichtung durchaus auch ohne negative Auswirkungen auf die Frischluftversorgung möglich sei, z.B. durch Aufstockung der Gebäudehöhe oder eine Verbreiterung gering dimensionierter Wohnbebauung der 1950er Jahre, wie die Internationale Bauausstellung in Hamburg gezeigt habe. In jedem Falle sollten bei Fragen der Nachverdichtung aktuelle Klimadaten herangezogen werden.

Politische Entscheidungsfindung und Dialogprozess

Frau Oppermann bekräftigte in der zweiten Podiumsrunde die Bedeutung formaler Pläne: Diese sind letztendlich rechtsverbindlich und bindend. Nichtsdestotrotz seien informelle Instrumente wie Wettbewerbe, Leitbilddiskussionen oder Werkstätten wichtig, um die Bürgermeinung abzufragen und Inhalte zu generieren. Die letztendlichen Entscheidungen obliegen jedoch dem Stadt- oder Gemeinderat als politisch legitimiertem Organ. In diesem Zusammenhang wurde die Frage nach einer möglichen Befangenheit von Stadtratsmitgliedern gestellt, beispielsweise wenn sie als Architekt über den Flächennutzungsplan abstimmen müssten. Von Seiten der Podiumsgäste wurde betont, dass die Gemeindeordnung den Tatbestand der Befangenheit als konkreten Bezug zur Entscheidung definiert und dies begründet werden muss. Dies träfe z.B. auf Grundstückseigentümer zu. Man könne jedoch keine Mitglieder ausschließen, die artverwandte Berufe ausüben – weder Architekten bei Entscheidungen zum Flächennutzungsplan, noch Betriebsräte bei Gewerbefragen.

Mit Bezug zur ersten Stadtkonferenz zeigten sich Teilnehmende erstaunt, dass sich so wenige Menschen für die großen Zukunftsfragen ihrer Stadt interessierten. Frau Oppermann bestätigte die Herausforderung, Menschen für abstrakte Themen und Leitbildfragen zu motivieren. Dies sei viel einfacher, wenn individuelle Belange betroffen sind, beispielsweise durch die Rodung eines Stadtwalds oder die Ausweisung eines Baugebietes.



4. Infoinseln

In der Pause zwischen den beiden Diskussionsrunden hatten die Teilnehmenden Gelegenheit, ihre Anliegen für die Stadtteile oder auch für die Gesamtstadt an vier Infoinseln zu Protokoll zu geben. Die Infoinseln waren inhaltlich gleich ausgestattet: es gab ein Poster zur Gesamtstadt, vier zu den Stadtteilen sowie ein leeres Poster für allgemeine Aspekte. Ansprechpartner aus dem Prozessteam, der Stadtverwaltung, den Bürgerausschüssen und des Runden Tisches standen für Gespräche und Rückfragen bereit. Interessierte konnten aber auch selbst ihre Themen auf die Stellwände schreiben bzw. eine Postkarte ausfüllen und in die aufgestellten Boxen werfen.

Die gesammelten Anregungen wurden im Nachgang zur Veranstaltung ausgewertet und flossen in die Vorbereitung der Stadtteilkonferenzen ein. Alle im Rahmen des Dialogprozesses gesammelten Kommentare, Anregungen und Fragen werden in einem gesonderten Dokument protokolliert, das regelmäßig aktualisiert auf der Website zum Bürgerdialog abrufbar ist.

5. Fazit und Ausblick

Frau Hartz dankte allen Teilnehmenden für ihr Kommen und die konstruktiven Diskussionen. Sie lud alle Interessierten zu den Stadtteilkonferenzen ab dem 19. November 2014 ein und warb für den Online-Dialog.

Der Erste Bürgermeister Wilfried Wallbrecht zog ein positives Fazit aus der Veranstaltung. Es habe interessante Facetten und Diskussionsschwerpunkte dieser komplexen Materie gegeben. Verwaltung und Gemeinderat beobachten den Prozess, ohne sich inhaltlich einzumischen. Bis zum Sommer 2015 wird es weitere Beteiligungsmöglichkeiten geben, die allesamt umfassend dokumentiert werden, um Verwaltung und Gemeinderat eine gute Grundlage für die weiteren Planungen und Entscheidungen zu liefern.

